

Nachbarn weit voneinander entfernt

Weser-Kurier
Von Florian Cordes
15.2.11

B212 neu: Einigung auf eine gemeinsame Position von Ganderkesee und Delmenhorst dürfte schwierig werden

VON FLORIAN CORDES

Ganderkesee. Den beiden Nachbarkommunen Ganderkesee und Delmenhorst bleibt noch ein wenig Zeit, um eine gemeinsame Position in Sachen Bundesstraße 212 neu zu finden. Denn am 14. März fährt eine Delegation aus Gemeinde und Stadt nach Berlin, um dort ein Gespräch mit Vertretern des Bundesverkehrsministeriums über das Thema zu führen. Mit Blick auf die jüngste Sitzung des Ganderkeser Rats ist allerdings zu erkennen, dass die beiden Nachbarn meilenweit von einer gemeinsamen Position entfernt sind.

Während Delmenhorst die Meinung vertrit, dass eine Umgehung der Stadt durch die sogenannte "Verkehrsoptimierte Nordvariante (VoN)" hinfällig wäre, spielt diese Trasse in den Köpfen der Ganderkeser Politiker keine Rolle. Einzig die Ablehnung der Westumgehung von Delmenhorst auf Ganderkeser Gemeindegebiet wird derzeit von beiden Seiten abgelehnt. Das hat der Gemeinderat am Donnerstagabend mit einer großen Mehrheit nochmals unterstrichen. Außerdem fordert das Gremium Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) dazu auf, eine Umgehung von Delmenhorst – soweit er sie für erforderlich hält – auch auf der östlichen Seite des Stadt-

kerns zu prüfen. "Eine solche östliche Umgehung ist als realistische und zielführende Alternative in eine ergebnisoffene Prüfung aller in Betracht kommenden Planungsoptionen einzubeziehen", heißt es im Beschluss.

Bis auf die Fraktion der Grünen, die sich gänzlich gegen den Bau von neuen Straßen aussprach, votierten alle Ratsmitglieder für

„Es war ein harmonisches Gespräch.“

Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas

eine Planung einer Delmenhorster Ostumgehung. Ob dieser Beschluss einer Einigung mit der Nachbarstadt dienlich ist, scheint unwahrscheinlich. Bürgermeisterin Alice Gerken-Klaas berichtete indes, dass am vergangenen Dienstag bereits ein erstes Treffen zwischen den Fraktionsspitzen aus Ganderkesee und Delmenhorst sowie den Verwaltungschefs beider Kommunen stattfand. "Es war ein harmonisches Gespräch", sagte sie. Allerdings auch nur ein

erster kleiner Schritt, um eine gemeinsame Position für den Termin beim Bundesministerium zu finden.

Otto Sackmann (UWG/Freie Wähler) machte sich während der Sitzung noch einmal für eine Ortsumgehung von Bookholzberg im Zuge der B212 neu stark. "Der Bedarf für diese Straße ist immer noch da", argumentierte er. Diesem Vorschlag erzielten die anderen Fraktion jedoch eine klare Abstimmung. „Jetzt die Umfahrung von Bookholzberg ins Gespräch zu bringen, halte ich für falsch“, sagte etwa Marion Daniel (FDP). „Diese Diskussion hat einen ganz anderen Hintergrund.“

Ein weiterer strittiger Punkt auf der Tagesordnung war die Einrichtung von Oberschulen in Ganderkesee und Bookholzberg. Zwar schnellten bei der Abstimmung, eine Oberschule an den beiden Schulzentren zum 1. August 2011 bei der Landesschulbehörde zu beantragen, alle Arme nach oben, doch einige Politiker hatten dennoch ihre Zweifel. Unter anderem die Sozialdemokraten. "Wir haben zwar einige Bedenken, weil es noch keine gesetzliche Grundlage für Oberschulen gibt, werden dem Beschlussvorschlag dennoch zustimmen", sagte Edith Ohlenbusch. Außerdem erhofft sich die SPD-Fraktion, dass sich durch die Einrichtung von Oberschulen die Chancen auf eine Integrierte Gesamtschule in Bookholzberg erhöhen.

Die FDP votierte ebenfalls für das neue

Schulangebot, über das der Landtag im

Hannover noch abstimmen muss. Aller-

dings sorgen sich die Liberalen um das

Überleben des bestehenden Ganderkesee-

Gymnasiums. Denn der Rat sprach sich

dazu aus, dass es an der Bookholzberger

Oberschule auch einen gymnasialen

Zweig geben soll – in Ganderkesee dage-

nach nicht. "Wir brauchten Oberschulen

ohne gymnasialen Zweig. Sonst wäre eine

Dreizügigkeit am Ganderkesee Gymna-

sium nicht mehr geschert", sagte Daniel.

Es könnte sein, dass wir kein ausreichend

Angabe für den Sekundarbereich II

mehr hätten. Und das wäre ein großer Ver-

lust für die Gemeinde", meinte sie weiter.

Die CDU lehnte es dagegen ab, einem

gymnasialen Zweig in Bookholzberg im Vo-

raus ein Nein zu erteilen. "Wir sollten es

nicht versäumen, einen Vorteil in Bookholz-

berg anzubieten", meinte Elke Röhl.

Schlussendlich hängt die Einrichtung eines

gymnasialen Zweigs in Bookholzberg auch

von der Zustimmung durch den Landkreis

Oldenburg ab. "Wenn die Prüfungen spä-

ter keinen gymnasialen Zweig hergeben,

müssten wir das akzeptieren. Aber wir soll-

ten ihn nicht im Voraus ablehnen."